

Beschluss des Landesvorstands

5 Punkte für einen fairen Wahlkampf

Wahlkampf ist die Zeit für einen intensiven demokratischen Streit, den wir mit Leidenschaft für unsere bündnisgrünen Werte und Ziele führen. Unsere Demokratie lebt von dieser Auseinandersetzung. Verschiedene Erzählungen, sei es mit starken Bildern und deutlichen Worten, gehören dazu. Sie müssen jedoch immer fair bleiben. Dies ist unser Anspruch als demokratische Kraft im Land und gilt nicht nur bei Debatten, auf Podien und in den Medien, sondern auch im digitalen Raum.

Die Algorithmen von Sozialen Netzwerken sind in der Regel darauf ausgerichtet, die Menge der Interaktionen zu optimieren. Dies wird sehr aktiv ausgenutzt um mit Falschinformationen und Hassbotschaften eine maximale Reichweite zu erlangen. Durch Fake-Accounts wird häufig ein Konsens für bestimmte Positionen vorgespiegelt um Menschen zu beeinflussen. Und immer noch gibt es zu viele Möglichkeiten für verdeckte politische Werbung in den sozialen Medien.

Zusammen hat dies international und bundesweit immer mehr Brisanz gewonnen und droht zu einer Gefahr für unsere Demokratie zu werden. Dies nehmen wir nicht hin und wollen mit klaren Regeln und mit unserem Handeln dagegen angehen. Uns selbst geben wir für den Landtagswahlkampf 2019 folgende Leitlinien für einen fairen Wahlkampf:

1. Keine Fake-Accounts

Wenn Parteien die Absender*innen einer Botschaft sind, muss dies klar erkennbar sein. Wir werden Wahlwerbung und andere Beiträge für die Grünen nur unter klar erkennbaren Accounts betreiben. Die Nutzung von Fake-Accounts – egal ob von Menschen oder Computern gesteuert – lehnen wir ab. Wir fordern alle anderen Parteien auf, dies ebenfalls zu tun.

2. transparentes Targeting

Dass Parteien ihre Wähler*innen und Wähler zielgruppengerecht ansprechen, gehört zu einem professionellen Wahlkampf dazu. Dies muss jedoch maßvoll und transparent geschehen. Auswüchse wie im vergangenen US-Wahlkampf beim Profiling und Targeting sind aber nicht nur durch die deutsche Datenschutzgesetzgebung untersagt, sondern wir lehnen sie als Wahlkampf-Instrumente auch aus Überzeugung ab. Wir sehen die Machtkonzentration und Datenschutzpraktiken der großen Internet-Konzerne und insbesondere Facebooks kritisch. Da jedoch ein Teil der Bevölkerung vor allem dort für politische Debatten ansprechbar ist, setzen wir in diesem Wahlkampf trotzdem bezahlte Werbung auf diesen Plattformen ein. Alle von uns geschalteten Werbeinhalte sind dort transparent einzusehen. Wir werden niemals an unterschiedliche Zielgruppen sich widersprechende Botschaften senden.

3. Keine Fake News

Wir führen den Wahlkampf mit Fakten und Argumenten –gerne auch zugespitzt. Dies soll auch so bleiben. Lügen und bewusste Falschaussagen sowie das Verbreiten von nachweislich und eindeutig falschen Meldungen, Zitaten und Behauptungen schaden der politischen Kultur massiv. Diese haben in der demokratischen Auseinandersetzung nichts zu suchen. Wir werden entschlossen dagegen vorgehen, dass sie Teil der Wahlkampfauseinandersetzung werden. Wir werden unsere Wahlkämpfer*innen wo notwendig informieren, damit sie nicht auf solche Meldungen hereinfließen und diese nicht versehentlich weiterverbreiten. Sollten aus anderen Gruppen heraus Falschinformationen verbreitet werden, so werden wir mit unserer „grünen Netzfeuerwehr“ selbst aktiv dazu beitragen, Gegendarstellungen weiter zu verbreiten.

4. Parteispenden

Die Sponsoring-Einnahmen als Landesverband sowie Spenden über 10 000 Euro veröffentlichen wir im Rechenschaftsbericht, entsprechend den gesetzlichen Regelungen. Wir fordern auch weiterhin, die Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden abzusenken und diese Regeln auch für das Parteisponsoring einzuführen sowie andere Schlupflöcher zu schließen.

5. Daten Erstwähler*innen

Wir setzen uns für eine Reform des Meldewesens ein, damit Meldedaten von Bürger*innen nicht mehr von Behörden herausgegeben werden. Dies betrifft auch die Herausgabe an Parteien für Wahlkampfszwecke. Solange dies jedoch erlaubt ist und von anderen Parteien aktiv genutzt wird, nutzen auch wir diese Möglichkeit um mit einem Erstwähler*innenbrief junge Menschen direkt anzusprechen. Diese Daten verwenden wir entsprechend der gesetzlichen Vorgaben selbstverständlich ausschließlich für die Zustellung dieses einen Briefes und löschen sie danach wieder. In jedem Brief weisen wir darauf hin, woher die Daten stammen, wie dem widersprochen werden kann und wie wir damit umgehen.

Wir informieren unsere Gliederungen, unsere Mitglieder und Unterstützer*innen und Unterstützer über diese Vereinbarung und sensibilisieren sie für die Anforderungen eines fairen Wahlkampfes